

Sitzungsniederschrift

26. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 05.02.2015	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:50 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Vertretung für Frau Jeromin-Oldewurtel
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Dirksen, Dieter	CDU	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Hasbach, Bernd	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Frau Antje Harms
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Grundmandat		
Roß, Jan	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Kruse, Gerhard		
Saathoff, Irene		

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Harms, Antje	SPD
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE
Siebels, Wiard	SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 15.01.2015 |
| 5. | 2. Beratung Haushalt 2015 |
| 6. | Anfragen |
| 7. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 8. | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil:**TOP 1** **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.02 Uhr die 26. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse und die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Ihnen nahm für die Abgeordnete Harms, Abgeordnete Altmann nahm für die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel und Abgeordneter Behrends nahm für den Abgeordneten Siebels an der Sitzung teil.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 15.01.2015**

Abgeordneter Agena bedankte sich für das ausführliche Protokoll und wies darauf hin, dass unter TOP 5 „1. Beratung Haushalt 2015“ (Seite fünf unten (Sonnenschutz)) es richtig Ulrichsgymnasium Norden und nicht Conerus Schule Norden heißen müsse.

Die Niederschrift ist entsprechend zu korrigieren.

Die Niederschrift über die 25. Sitzung des Finanzausschusses vom 15.01.2015 wurde mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **2. Beratung Haushalt 2015**

Frau Saathoff informierte, dass zur heutigen Sitzung noch kein kompletter Haushaltsplan zur Verfügung gestellt werden könne, dieses werde bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 18. Februar 2015 nachgeholt. Wie bereits erwartet, sehe der Ergebnishaushalt in diesem Jahr schlecht aus. Der Fehlbedarf belaufe sich voraussichtlich auf rd. 7 Mio. €. Dieser Fehlbedarf sei u.a. durch die Steuermindererträge bei der Stadt Aurich und die daraus resultierende geringer an den Landkreis Aurich zu zahlende Kreisumlage begründet. Hinzu komme, dass die Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgrund steigender Asylbewerber deutlich erhöht worden seien.

Die Personalaufwendungen würden sich im Haushaltsjahr 2015 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 voraussichtlich um rd. 1,9 Mio. € erhöhen. Hierzu werde Herr Kruse, Leiter des Amtes 11 (Personalwesen), jetzt berichten.

Herr Kruse erläuterte ausführlich die wesentlichen Veränderungen bei den Personalaufwendungen (Anlagen 3, 4 und 5).

Abgeordneter Strömer fragte nach, wie es sein könne, dass im Amt für Kinder, Jugend und Familie bei einer Steigerung der Fallzahlen und erhöhten Personalaufwendungen geringere Sachaufwendungen beantragt würden.

Abgeordnete Altmann erkundigte sich, wie die Berechnung zur Senkung der Sachaufwendungen erfolge und ob diese Forderung realistisch sei.

Herr Kruse teilte mit, dass zur Finanzierung der Bauingenieur-Stelle (Amt 60) für Wallheckenkartierung und der Bauingenieur/Landschaftsplaner-Stelle (Amt 66) zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie entsprechende Mittel (Ersatzgelder, Projektmittel) zur Verfügung stehen würden.

Frau Saathoff teilte mit, dass die Ersatzgelder zweckgebunden seien und zur Deckung dieser Personalausgaben genutzt werden könnten. Das Fachamt sei für die zweckentsprechende Verwendung der Mittel zuständig.

Abgeordneter Gossel fragte nach, ob er es richtig verstanden habe, dass für die Vervollständigung des Wallheckenkatasters sowie des Kompensationskatasters ein Bauingenieur eingestellt werden solle, der sich mit Bäumen auskenne.

Herr Kruse antwortete, dass geplant sei, entweder einen Bauingenieur oder Landschaftsbauer einzustellen.

Abgeordneter Gossel war der Meinung, dass eine Ausbildung zum Gärtner für diese Tätigkeit ausreichend sein müsse.

Herr Kruse wird die Fragestellung prüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Für die Projektbegleitung „Krummes Tief“ ist ein Landschaftspfleger erforderlich. Außerdem soll der Mitarbeiter für bauliche Vorhaben des Amtes für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche landschaftspflegerische Begleitpläne erstellen.

In Bezug auf die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die ÖPNV-Bushaltestellen-Planung und -instandsetzung im Amt 66 (Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche) wies **Abgeordneter Roß** darauf hin, dass bedacht werden müsse, dass es Haltestellen gebe, an denen niemand einsteige (z.B. in Pewsum).

Abgeordneter Strömer wies darauf hin, dass die neuen Wartehallen zwar schön, aber auch anfällig seien. Fraglich sei, wenn bisher erst 270 Wartehallen ausgebaut worden seien und noch weitere rd. 1.000 Wartehallen anstehen würden, wann die Fertigstellung erfolgen solle und wer die Investitionen bezahlen solle.

Frau Saathoff meinte, dass diese Frage von Frau Rieger (Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche) beantwortet werden müsse.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Landkreis Aurich hat für 2015 zwei Sammelanträge mit jeweils 7 Haltestellen zur Förderung angemeldet:

Gesamtkosten: 453.000,-- Euro,

Finanzierung durch die Landesnahverkehrsgesellschaft 75 %, durch die Förderung zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs 25 % (Regionalisierungsmittel).

Der Landkreis Aurich hat 4 Einzelanträge angemeldet, Gesamtkosten: 229.000,-- Euro.

Weitere Angaben sind der Anlage 3 zu entnehmen.

Abgeordnete Altmann wollte wissen, wo die zusätzlichen 1,6 Stellen für das Jobcenter eingerichtet werden. In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates des Jobcenters sei beschlossen worden, entsprechende Büros vor Ort einzurichten.

Herr Kruse erklärte, dass es sich um Arbeitsplätze im Bereich Controlling, Steuerung, Anwenderbetreuung und Systemsteuerung handele, die bei der Geschäftsführung



angesiedelt seien. Es könne durchaus sein, dass der Einsatz übergreifend in Aurich und Norden erfolge, dieses könne zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht gesagt werden.

Abgeordnete Altmann fragte nach, ob noch weitere Stellen für das Jobcenter einzurichten seien.

Herr Kruse teilte mit, dass ihm sonst keine weiteren Personalanforderungen vom Jobcenter bekannt seien. Oftmals erfolge auch eine interne Stellenumbesetzung.

Abgeordnete Griesel bat um Information, wie die Vorgehensweise bei den Mittelanmeldungen für die Personalaufwendungen sei und ob eine Bereinigung stattgefunden habe.

Bezüglich der Einstellung eines Energieberaters sei im Wirtschaftsausschuss die Frage aufgeworfen worden, warum der Landkreis diese Aufgabe übernehme. Zu bedenken sei, dass die für den Energieberater in Aussicht gestellten Fördergelder die Personalaufwendungen nicht decken würden.

Herr Kruse sagte, dass er vermute, dass die ab 2016 in Aussicht gestellte EU-Förderung nicht zu 100 % erfolgen werde. Der Landkreis Aurich habe im Rahmen der Energieeffizienz-Resolution vom 17.04.2008 den Vorsitz des Arbeitskreises Energie in der Wachstumsregion Ems-Achse übernommen. Die Wachstumsregion Ems-Achse habe das Potential, eine richtungweisende Modellregion für das Themenfeld Energie zu werden. Landrat Weber und Herr Bakenhus (Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung) würden die Einrichtung der Stelle aus diesem Grund als erforderlich ansehen. Es müsse geklärt werden, ob eine derartige Stelle eingerichtet werden solle.

Herr Kruse führte weiter aus, dass bei den Personalanforderungen Kennzahlen- und Fallzahlenvergleiche herangezogen würden. Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und der Vervollständigung des Wallheckenkatasters sowie des Kompensationskatasters handele es sich beispielsweise um eine gesetzliche Verpflichtung, die es gelte umzusetzen.

Abgeordneter Gossel fragte nach, ob es auch Amtsleiter gebe, die Stellen abbauen würden.

Herr Kruse antwortete, dass z. B. die Kreiskasse nach weiterer Automatisierung personelle Einsparungen im Amt 20 angekündigt habe.

Abgeordnete Kleinert wies darauf hin, dass durch die vermehrte Aufnahme von Asylbewerbern neue Anforderungen an die Gesellschaft und die Ämter gestellt würden. Die Einrichtung der Stellen im Sozial- und Ordnungsamt sei ihrer Auffassung nach dringend erforderlich.

Abgeordneter Agena machte deutlich, dass ein privatwirtschaftlicher Betrieb z.B. gesetzliche Anforderungen ebenfalls zu bewältigen habe. Er könne z.B. nicht nachvollziehen, dass im Bauamt die stellvertretende Amtsleitung über ein Jahr mit 20 Stunden doppelt besetzt werde. In der Privatwirtschaft sei dieses so nicht möglich.

Abgeordnete Griesel stimmte den Ausführungen des Abgeordneten Agena zu. Sie würde zur Kenntnis nehmen, dass sich der Ergebnishaushalt 2015 im Vergleich zur



Planung aus 2014 um 10 Mio. € verschlechtere. In den Fachausschüssen werde oftmals beschlossen, dass der Finanzausschuss die Entscheidung im Rahmen der Haushaltsberatungen treffen solle. Sinnvoll sei es, dass das Amt 20 (Zentrale Finanzverwaltung) alle Amtsleiter zu einem Gespräch einlade, um über die freiwilligen Aufgaben zu diskutieren und festzulegen, auf welche Aufwendungen verzichtet werden könne. Das Ergebnis könne dann der Politik vorgelegt werden.

Frau Saathoff erklärte, dass es sich bei dem heutigen Zahlenwerk um den ersten Entwurf des Haushaltsplanes 2015 handele, der bislang noch nicht mit allen Amtsleitern besprochen worden sei. Bezüglich der Personalaufwendungen sei das Personalamt und der Personalausschuss zuständig. Bezüglich der Frage der freiwilligen Aufgaben antwortete Frau Saathoff, dass jahrelang Haushaltskonsolidierung betrieben worden sei und aus diesem Grund auch allen Abgeordneten die freiwilligen Aufgaben (z. B. im Bereich der Wirtschaftsförderung) bekannt sein dürften. Es sei die Aufgabe der Politik, hier ggf. entsprechende Änderungen zu beschließen.

Abgeordnete Altmann wies darauf hin, dass eine mittelfristige Finanzplanung für die Stellenbetrachtung fehle. Als Beispiel führte sie an, dass die ehrenamtlichen Asylkreise zukünftig nicht mehr ausreichen würden. Hier müsse evtl. zusätzliches Personal eingestellt werden. Für das Jobcenter gebe es außerdem einen Antrag auf Dezentralisierung. Wichtig sei ein Gesamtkonzept, das über das Haushaltsjahr hinausgehe.

Herr Kruse teilte mit, dass eine längerfristige Planung im Personalwesen schwierig sei. Es sei nicht absehbar, welche Aufgaben hinzukommen würden.

Frau Saathoff erläuterte die Übersicht mit den Mittelanmeldungen 2015 (Anlage 2) sowie die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen und der Kreisumlage. Die Schlüsselzuweisungen würden in diesem Jahr voraussichtlich ca. 39 Mio. € betragen. Die Erträge aus der Kreisumlage würden im Vergleich zum Jahresergebnis 2014 um rd. 55 Mio. € geringer ausfallen und jetzt voraussichtlich bei rd. 92,7 Mio. € liegen. Nach der Planung aus dem Jahr 2014 sei davon auszugehen, dass die Kreisumlage im nächsten Jahr wieder um rd. 11 Mio. € auf dann rd. 104 Mio. € ansteige. Im Gegenzug würden die Schlüsselzuweisungen um rd. 7,5 Mio. € sinken. Allerdings würden die aktuellen Berechnungsgrundlagen von der Stadt Aurich zurzeit noch fehlen. Bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses würden aktuelle Zahlen vorgelegt werden. Der Haushaltsansatz für den Verlustausgleich der UEK würde im Haushaltsplanentwurf bei 7 Mio. € liegen. Fest stehe, dass die Haushaltsansätze der Folgejahre für den Verlustausgleich der UEK (2016 = 6 Mio. €, 2017 = 5 Mio. €) nicht ausreichend seien.

Abgeordneter Strömer fragte nach, ob in dem voraussichtlichen Fehlbedarf des Landkreises Aurich in Höhe von rd. 7 Mio. € der Verlustausgleich für die UEK enthalten sei.

Frau Saathoff antwortete, dass in dem Fehlbedarf in Höhe von 7 Mio. € ein Verlustausgleich für die UEK in Höhe von 7 Mio. € enthalten sei. Der Verlustausgleich müsse bei einem Jahresverlust um 10 Mio. € mindestens 7 Mio. € betragen, um die Liquidität der UEK sicherzustellen. Die Haushaltsansätze für die Folgejahre müssten jedoch erhöht werden. Die Finanzplanung für die UEK stehe zurzeit aber noch nicht fest.

Frau Saathoff führte weiter zur Anlage 2 aus: Beim Inneren Dienst würde es zu Erhöhungen wegen der laufenden Sanierung des Kreishauses Aurich kommen (z.B. Möbeltransport). Außerdem sei der Haushaltsansatz für den Datenschutz von 12.500 € auf 30.500 € für einen IT-Sicherheitsbeauftragten der Kommunalen Datenzentrale



Oldenburg (KDO) erhöht worden. Auch der Haushaltsansatz für die Arbeitssicherheit müsse aufgrund von Vertragsänderungen um 43.000 € erhöht werden (jetzt 98.000 €).

Die Zuweisung an die Kooperative Regionalleitstelle Ostfriesland im Budget des Ordnungsamtes steige um 52.000 € .

Im Budget des Amtes für Schulen und IT steige die Schülerunfallversicherung um 77.700 € auf jetzt 589.400 €. Außerdem würden verschiedene Veränderungen, teils bedingt durch Umstellung auf Leasing, den Zuschussbedarf für den Bereich der IT um rd. 126.000 € erhöhen.

Frau Saathoff erläuterte die zusätzlichen Aufwendungen im Budget des Amtes für Kinder, Jugend und Familie anhand der Anlage 6 und die Veränderungen im Budget des Sozialamtes anhand der Anlage 7. Die Aufwendungen für die Grundsicherung würden ab 2015 zu 100 % vom Land erstattet werden. Der Zuschuss bei den Asylbewerberleistungen betrage rd. 7,7 Mio. €. Die Erstattungen durch das Land erfolge erst zwei Jahre später. Zurzeit würde nur eine Erstattung für 445 Fälle erfolgen, obwohl 1.200 Asylbewerber zu betreuen seien.

Abgeordneter Strömer erkundigte sich, ob die Erstattung für die Asylbewerber die Personalaufwendungen beinhalte.

Frau Saathoff antwortete, dass das ausgewiesene Defizit sich nur auf die Sachaufwendungen beziehe. Die Erstattung erfolge in Form eines Pauschbetrages, der bei weitem nicht alle Kosten decke.

Frau Saathoff erklärte weiter, dass sich der Zuschussbedarf im Bereich des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung um ca. 1,1 Mio. € erhöhe. Dieses sei in erster Linie durch die erhöhten Aufwendungen bei der Schülerbeförderung begründet. Die Aufwendungen für die Schülerbeförderungen würden u.a. durch die Tarifierhöhung 2015, die Neuregelung der Verkehre (IGS Krummhörn mit zwei Standorten und IGS Marienhafe-Moorhusen) sowie die Einzelverkehre (Einführung des Mindestlohnes bzw. Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes) steigen.

Abgeordneter Agena stellte die Frage, ob die Einstellung der zusätzlichen Fachkraft zur Optimierung im Bereich der Schülerbeförderung bereits erste positive Auswirkungen zeige.

Herr Kruse teilte mit, dass er hierzu noch keine Aussage machen könne, weil die Person erst zum 01.01.2015 eingestellt worden sei und zurzeit noch große Probleme mit dem neuen EDV-Verfahren bestehen würden.

Frau Saathoff informierte, dass im Budget des Amtes für Bauordnung, Planung und Naturschutz 280.000 € (bisher 30.000 €) für die Archivierung der Altakten eingeplant seien. Zurzeit werde die Möglichkeit der Gegenfinanzierung noch geprüft.

Abgeordneter Gossel erkundigte sich, ob der in der örtlichen Presse kommunizierte Kauf des Auricher Familienzentrums im Haushaltsplan eingeplant sei.

Frau Saathoff erklärte, dass die Verhandlungen diesbezüglich zurzeit noch offen seien. Im Entwurf des Haushaltsplanes seien Miete und Bewirtschaftungskosten in Höhe von ca. 46.500 € eingeplant. Für den Haushalt des Landkreises sei ein Kauf bei einer



Abschreibungsdauer von 90 Jahren und einer Kreditfinanzierung zu circa 0,5 % günstiger als ein Mietverhältnis.

Frau Saathoff führte weiter aus, dass bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 18.02.2015 voraussichtlich der vollständige Haushaltsplan (Ergebnishaushalt) einschließlich Finanzplanungsjahre vorliegen werde. In der Sitzung des Finanzausschusses am 03.03.2015 sei geplant, den Empfehlungsbeschluss zu fassen, damit der Haushalt in der Sitzung des Kreistages am 18.03.2015 beschlossen werden könne.

Abgeordnete Griesel regte an, für die nächste Sitzung des Finanzausschusses eine Abstimmung mit dem Nds. Innenministerium vorzunehmen, inwieweit unter diesen Voraussetzungen eine Haushaltsgenehmigung erteilt werde bzw. mit welchen Auflagen zu rechnen sei.

Frau Saathoff teilte mit, dass sie bereits mit dem Nds. Innenministerium gesprochen habe. Um seitens des Nds. Innenministeriums eine Auskunft zur Haushaltsgenehmigung zu erhalten, müssten auch die Haushaltsansätze für die Folgejahre vorgelegt werden.

Vorsitzender Thiele bedankte sich bei Frau Saathoff für die ausführliche Erläuterung des Haushaltsplanentwurfes 2015.

TOP 6 **Anfragen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 7 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.50 Uhr.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin